

Die ungarische Witwenmacherin / Wiedersehen mit Elisabeth Flickenschmidt im Jungen Theater (Seite 10)

Nixon-Besuch ein Wink an Moskau:

Ulbricht hat im West-Berlin nichts zu sagen

Warnung vor Aktionen

Eigener Bericht — SAD
Washington — Bonn/Berlin, 7. Februar
Die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Nixon, daß er am 27. Februar Berlin besuchen wird, ist heute früh in Washington als eine deutliche Warnung an Moskau bezeichnet worden: Die neue amerikanische Regierung werde jeden Versuch einer Änderung des bestehenden Zustandes in Berlin als „äußerst folgenschwer“ betrachten.

Nixons Entschluß, Berlin zu besuchen, erhält besonderes Gewicht angesichts der Tatsache, daß Ost-Berlin gestern bei der Bundesregierung offiziell „scharfsten Protest“ gegen die beabsichtigte Wahl des Bundespräsidenten in Berlin eingeleitet hat. Die Note wird in Washington mit dem Bemerkten zurückgegeben, man werde Ulbricht nicht erlauben, zu bestimmen oder gar zu diskutieren, was in West-Berlin geschehen dürfe. Die USA-Ärger weiter hinter der Entscheidung Bonn, die Bundesversammlung nach Berlin einzuberufen.

Auch London unterstützt die Bundesregierung weiterhin voll in dieser Frage, wie Außenminister Stewart erst vor wenigen Tagen Bundesaußenminister Brandt in Bülhlerhöhe versichert hat, Paris, von dem es schon früher heißt, habe Einwände erhoben, hält sich in Schweigen.

Die Bundesregierung wird die ihr fernschriftlich übermittelte Protestnote Ost-Berlins nicht beantworten. Die SED-Regierung stellt darin abermals die rechtlich falsche Behauptung auf: West-Berlin liege „auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik“. Im Hinblick auf die Anreise der Mitglieder der Bundesversammlung nach Berlin ist die Rede von einem „einkalkulierten Mißbrauch“ der Verbindungsweg zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet und im einzelnen gegen die Teilnahme der West-Berliner Abgeordneten und der 22 NPD-Mitglieder aus den Landtagen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Durchführung der Bundesversammlung in West-Berlin zu verhindern. Andernfalls werde sie die volle Fortsetzung auf Seite 2

Professoren an Senat:

Fehler auf allen Seiten

Eigener Bericht
U. W. Hamburg, 7. Februar
„Die Besetzung des Philosophenrats durch die Universität im Anschluß an ein friedlich verlaufenes Demonstration der Studentenschaft gegen das neue Hochschulgesetz am 5. Februar 1969 ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die durch Fehler auf allen Seiten gekennzeichnet ist.“
So beginnt ein offener Brief an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, den die Professoren Winfried Steffani, Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften, Martin Rosler, Direktor des Seminars für Erziehungswissenschaft und des Pädagogischen Instituts, und Hans Fischer, Direktor des Seminars für Völkerkunde und Vorgeschichte, unterzeichneten.
In dem Brief heißt es weiter: „Die Fakultäten haben die Reformen zu lange verzögert und dadurch politische Instanzen unter Zeitdruck gebracht. Die Wahlhaltung eines großen Teils der Hamburger Studenten kann nur als hochschulpolitische Resignation oder Bestätigung bewertet werden.“
Fortsetzung auf Seite 2

Atom Schiff „Otto Hahn“ kommt nach Hamburg

Eigener Bericht
Hamburg, 7. Februar
Heute abend gegen 19 Uhr wird Deutschlands erstes Atom Schiff, die „Otto Hahn“, an der Obersebrücke im Hamburger Hafen festgemacht. Das Forschungsschiff bleibt bis 18. Februar. An vier Tagen kann es von der Bevölkerung bestaunt werden.
Am Sonntag, dem 9. Februar, von 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr. Am Montag, dem 10. Februar, von 11 bis 14.30 Uhr, dann wieder am übernächsten Wochenende: am Sonntag, dem 15. Februar, von 11 bis 14.30 Uhr und am Montag, dem 16. Februar, zwischen 14 und 16.30 Uhr.

Windeln neuer Vertriebenminister

Associated Press
Bonn, 7. Februar
Nachfolger des neuen Bundespräsidenten, Kai Uwe von Hassel, im Amt des Vertriebenministers wird der 47jährige CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Windelen. In Vertretung von Bundespräsident Lübke wird Bundespräsident Weidmann dem neuen Minister heute die Ernennungsurkunde überreichen. (Siehe auch Menschlich gesehen.)

Wachsende Unruhe in Westjordanien

United Press International
Nablus, 7. Februar
Die Unruhen in dem von Israel besetzten Westjordanien halten an. Nach Demonstrationen in Arabenviertel der Stadt Nablus tritt heute erneut eine Ausgangssperre in Kraft. Auch in anderen Städten Westjordanien sind Demonstrationen und Streiks der arabischen Bevölkerung.

Kurz informiert

Rosenthal kandidiert für SPD
Der 52jährige Industrielle Philip Rosenthal hat sich bereit erklärt, bei den Bundestagswahlen für die SPD zu kandidieren. Nach seiner Meinung müßten mehr Unabhängige aus allen Schichten des Volkes bereit sein, politische Verantwortung zu übernehmen. (dpa)

Überstunden-Pauschale
Polizeibeamte sollen künftig für Überstunden eine pauschalierte Entschädigung erhalten. Die Landesminister wollen die Initiative zur Änderung des Beamteneinsatzgesetzes ergreifen. (dpa)

Preis für Hallstein
In der Bonner Universität erhielt gestern der frühere Präsident der EWG-Kommission, Prof. Walter Hallstein, den Robert-Schuman-Preis 1969 der Hamburger Stiftung FVS für seine Bemühungen um die europäische Einigung. (dpa)

Keine Zonenfahren
Bei Sportwettkämpfen in der Bundesrepublik (ausgenommen die Olympiade in München) sollen auch künftig weder Zonenfahren noch die Behinderungsfahrten zugelassen werden. Die Landesminister haben im Rahmen eines Beschlusses von 1967 bestätigt. (dpa)

Kuhn protestiert
Der Vorsitzende der Hamburger CDU-Sozialausschüsse, Kuhn, hat in Telegrammen an Fraktionschef Barzel um die Zustimmung zum Gesetz über den Beschluß der Unfraktion protestiert, die die Pflichtversicherungsregeln für Angestellte in den Krankenkassen erst ab 1. 7. 1970 nur auf 500 DM Jahreszusatz-

Schlochow verboten!

Springer Auslandsdienst
London, 7. Februar
Das letzte Werk des sowjetischen Nobelpreisträgers Michail Schlochow („Der stille Don“) wird in der Sowjetunion nicht erscheinen dürfen. Aus dem Ostblock nachbestehenden Kreisen in London verlautete zuverlässig, die Zensur habe Schlochows Erzählung „Sie kämpfen für ihr Land“ verboten.
Diese Maßnahme gegen den meistgedruckten sowjetischen Schriftsteller, der als eine der Hauptstützen der gegenwärtigen Krennführung gilt, hat in Moskauer Literaturkreisen wie eine Bombe eingeschlagen. Schlochow soll sich in letzter Instanz sogar an den sowjetischen Parteichef Breschnew gewandt haben. Er wurde abgewiesen.

69 neue Betten

Eigener Bericht
co Hamburg, 7. Februar
Einen großen Erweiterungsbau wird das Allgemeine Krankenhaus Wandbek bekommen. Der Neubau, dessen Kosten auf 10 Millionen Mark geschätzt werden sind, soll zusätzlich Platz für 69 Betten schaffen. (Bericht Seite 3)

Menschlich gesehen

Minister mit Humor
 Draußen im Lande muß man sich wohl an den Namen des neuen Vertriebenministers erst noch gewöhnen. Auf dem parlamentarischen Bühnen soll es Heinrich Windelen in der Windeln dagegen längst ein angesehenes Akteur: als Fachmann und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Haushaltsfragen.
Sachlich und sachkundig, von ruhigem Wesen, aber sehr energisch — so kennen die Bonner Volksvertreter den 47jährigen Vater von vier Kindern. Seine „Hausmacht“ sind die 31 westfälischen Bundestagsabgeordneten, an deren Spitze von ihm kein geringerer als der jetzige Fraktionschef Barzel die Rolle des „Oberwestfalen“ spielt.
Dabei ist der schlanke schwarzhaarige Katholik in seiner politischen Heimat nur ein „Zugewandelter“. Als Feldmann hatte es den Riesengebirge zur Welt gekommen schlesischen Lederfabrikanten 1945 nach der Kriegsgefangenschaft in den Reichert Warendorf verschlagen. Einem Zwischenstopp in der Heimat, in einer Debatte über das Für und Wider parlamentarischer Erweiterungsarbeiten konnte er einem Zwischenstopp: „Möchten Sie ihre Sekretarin etwa im Schlafzimmer empfangen?“. Das Protokoll verzeichnete: „Große Heiterkeit.“



Zugunglück bei Melbourne: 22 Tote wurden bisher aus den Trümmern geborgen

22 Tote

Mindestens 22 Todesopfer hat ein schweres Zugunglück in Australien gefordert. Der Nachtexpress Sydney — Melbourne stieß rund 170 Kilometer nördlich von Melbourne mit einem Güterzug zusammen. Die Wucht des Zusammenpralls war so groß, daß die Schlafwagen des Expresszuges hoch durch die Luft gewirbelt wurden. Auslaufendes Öl von der umgestürzten Diesellokomotive des Expresszuges feuerte und setzte die ersten vier Wagen des Schnellzuges in Brand.

Europa soll mit einer Stimme sprechen

Kleiner Fortschritt auf der WEU-Konferenz

SAD — dpa — 9. Februar
Luxemburg, 7. Februar
Auf der Ministertagung der Westeuropäischen Union (WEU) wurde gestern ein neuer Anlauf genommen, die politische Zusammenarbeit in Europa zu verstärken. Frankreichs EWG-Partner und Großbritanniens sprachen sich dafür aus, in weitpolitischeren Fragen Europa mit einer Stimme sprechen zu lassen. Zumindest in Krisensituationen, so wurde vorgeschlagen, sollten die sieben WEU-Regierungen zusammenkommen, um ihre Haltung abzusprechen.
Die vorgeschlagenen Konzeptionen wurden von dem Vertreter Frankreichs nicht rundweg abgelehnt. Darin sah Frankreich Partner einen Fortschritt. Zwar bremste der französische Delegierte, Staatssekretär de Lipkowski, die sehr weit gehenden Pläne des italienischen Außenministers „Nenni“, sprach sich jedoch für „ein pragmatisches Vorgehen“ aus. Vor allem auf außenpolitischem Gebiet seien dann Fortschritte möglich.
Man trennte sich mit einem „freiwilligen Konsultationsversprechen“, ohne allerdings feste Bindungen einzugehen. Auch der deutsche Vertreter, Staatssekretär Jahn, gab keine offizielle Verpflichtungserklärung ab wegen möglicher Verunsicherungen. Bedenken, sondern beschränkte sich auf eine „Absprache“.
Dennoch bezeichnete der britische Außenminister Stewart die Luxemburger Tagung der sieben als einen „entscheidenden Schritt vorwärts in der europäischen Einigung“.

Werdende Mütter im „Astronauten-Anzug“

Seite 8

Italiens KP steht am Scheideweg

Seite 13

Brauchen wir die Bundeswehr?

Seite 15

Fernsehen Seite 12

Roman Seite 15

Harte Fragen an Jahn

Entschuldigung in „Maukorb“-Affäre abgelehnt

Von unserer Bonner Redaktion
Zu einem hitzigen Frage- und Antwortspiel kam heute früh im Bundestag wegen der Affäre um die beiden Botschafter Grewe und Schnippenkötter. Der parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jahn, wurde von CDU-Abgeordneten eindringlich befragt, ob er sich bei den AA-Diplomaten entschuldigen und ihren guten Ruf wiederherstellen wolle. Jahn bestritt, daß er dem Rat Grewe und Schnippenkötter geschadet habe. Eine Entschuldigung lehnte er als „vorschnell“ ab.

Nach den Angaben Jahns ist die Untersuchung über die angeblichen negativen Äußerungen Grewe und Schnippenkötters zum Atomsperrvertrag von vergangenen Wochenende noch nicht abgeschlossen. Seine Kritik an den Diplomaten sei als „persönliche Meinung“ auch ausdrücklich unter dem Vorbehalt abgegeben worden, daß sich die Berichte über diese Äußerungen nicht bestätigen würden. Jahn Vorgesetzter, Außenminister Willy Brandt, habe von der Kritik an den beiden Botschaftern nichts gewußt. Im übrigen sei den Diplomaten kein Redeverbot auferlegt worden. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dückert, habe Grewe und Schnippenkötter lediglich telegrafisch ersucht, sich weiterer Äußerungen zum Atomsperrvertrag zu enthalten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Jungen Union Egon Kirsch forderte gestern den sofortigen Rücktritt des parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Gerhard Jahn. Kirsch war Jahn vor, er habe ohne Kenntnis der Tatsachen und der qualifizierten deutschen Botschafter in der Öffentlichkeit diskriminiert. Außenminister Brandt solle angesichts dieser „Fehlleistung“ Jahn möglichst rasch Konsequenzen ziehen. Zugleich sollte sich der Außenminister von Meldungen distanzieren, daß der Abrüstungsvertrag, Botschafter Schnippenkötter durch den Angestellten der SPD-Fraktion Roth abgelöst werden solle.

Der Bundesaußenminister versuchte in einem Interview die Dinge zurückzuführen: „Unter einem Außenminister

Brandt gibt es für die leitenden Beamten des auswärtigen Dienstes kein Sprechverbot.“ Es sei in der Botschafter-Affäre „ohne Polemik“ ein bestimmtes Regel erinnert worden, die in jeder geordneten Verwaltung Platz haben müßten.
Zur Klärung des Streits um die Botschafter wurden gestern die Tonbänder mit den Diskussions-Beiträgen Schnippenkötters und Grewe in Bonn abgeschrieben. Mit dieser Aufgabe wurde nicht das zuständige Auswärtige Amt, sondern das Bundeskanzleramt betraut.

Neuer Verdacht im Fall Lebach

Eigener Bericht
Essen, 7. Februar

Als einer der möglichen Täter, die den Raubüberfall auf das Bundeswehr-Waffenlager Lebach verübt haben, ist gestern in Düsseldorf der 23jährige Essener Taxifahrer Wilhelm Röss festgenommen worden.

Röss war am 4. November 1968 aus dem Zuchthaus Münster geflohen, wo er eine sechsjährige Strafe wegen eines Überfalls auf einen Essener Kassenboten verbüßt mußte. Er konnte jetzt nach mehrjähriger Forderung auf Grund eines Hinweises, den die Kriminalpolizei aus Essen bekommen hatte, in der Düsseldorf-Wohnung seiner Schwägermutter festgenommen werden. Röss wird heute von der Lebacher Sonderkommission vernommen.



Festgenommen: Wilhelm Röss

Vorbörse heute

Eigener Bericht
Hamburg, 7. Februar

Heute vormittag wurden im vorbörslichen Telefonverkehr der Hamburger Börse etwa behauptete Aktienkurse gesprochen oder bezahlt, in DM pro Stück: Anlin 238 bz (238,50), Bayer 283 bz (288,50), Hoechst 299 bz (289 bz), AEG 281 bz (280,50), Siemens 310 bz (310,50) bz, in Prozent: VW 538 G/500 B (569 bz), VEB 248 G/249 B (248 G), Gelsenberg 223 G/224 B (223 bz), Hoechst 145 G/146 B (147 bz), Mannesmann 165 G/166 B (166,50 bz), Thyssen 190 bz (190 bz), Rheinshalt 151 B (151 bz).

Etwa behauptet

Heute vormittag wurden im vorbörslichen Telefonverkehr der Hamburger Börse etwa behauptete Aktienkurse gesprochen oder bezahlt, in DM pro Stück: Anlin 238 bz (238,50), Bayer 283 bz (288,50), Hoechst 299 bz (289 bz), AEG 281 bz (280,50), Siemens 310 bz (310,50) bz, in Prozent: VW 538 G/500 B (569 bz), VEB 248 G/249 B (248 G), Gelsenberg 223 G/224 B (223 bz), Hoechst 145 G/146 B (147 bz), Mannesmann 165 G/166 B (166,50 bz), Thyssen 190 bz (190 bz), Rheinshalt 151 B (151 bz).